

Wir haben einen Anspruch darauf, die Leistungen, für die wir einzahlen, auch zu erhalten. Wir werden nicht zulassen, dass uns dieser Anspruch genommen wird, während die Merz-Regierung ein Steuergeschenk nach dem anderen an Großkonzerne und Superreiche verteilt.

Das Problem ist nicht, dass die Regierung kein Geld hätte. Das Problem ist, wie sie es verteilt. Gespart wird dort, wo es die Menschen trifft. Geschont wird dort, wo der Reichtum wächst.

Das zeigt: „Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten“ ist eine Lüge. Ein starker Sozialstaat scheitert nicht am Geld, sondern am politischen Willen.

Die Bundesregierung muss nicht kürzen – sie will es. Sie entscheidet sich dazu, den Sozialstaat auszuhöhlen und die Mehrheit zu belasten, um die Profite der Reichsten zu schützen.

Nicht mit uns!

Wir sagen:

- Keine Kürzungen bei Gesundheit, Pflege, Rente, Arbeitslosigkeit
- 8-Stunden-Tag verteidigen
- Superreiche besteuern, statt soziale Sicherung rauben

Die Linke

Im Bundestag

Fraktion Die Linke im Bundestag, V.i.S.d.P.: Ina Latendorf,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, dielinkebt.de

Sozialraub stoppen!



Die Linke

Im Bundestag

Merz, Klingbeil und Co. sagen, es ist zu viel verlangt, nach einem Leben voller Arbeit eine Rente zu erwarten, mit der man nicht in Armut lebt. Sie sagen, es ist zu viel verlangt, im Krankheitsfall behandelt zu werden, ohne draufzahlen zu müssen. Sie sagen, es ist zu viel verlangt, ausreichend unterstützt zu werden, wenn man zum Pflegefall wird.

Die Merz-Regierung plant den massivsten Sozialraub seit der Agenda 2010. Es geht um Leistungen, die von Millionen Menschen durch ihre Beitragszahlungen finanziert werden – und auf die sie einen Anspruch haben. Diese sozialen Sicherheiten will die Bundesregierung den Menschen wegnehmen. Und sie will sie noch härter und noch länger arbeiten lassen.

Wenn irgendjemand in diesem Land härter arbeiten sollte, dann die Regierung: Die Wirtschaft stagniert. Die Armut wächst. Die Reichen werden immer reicher.

Doch statt die Krise anzugehen, sucht sich die Merz-Regierung einen Sündenbock: die arbeitende Mehrheit. Die soll den Gürtel enger schnallen.

Konkret bedeutet das:

Für deine Krankenversicherung

- Zuzahlungen für Medikamente und Behandlungen werden teurer
- Beim Zahnersatz muss mehr selbst bezahlt werden
- Lohnerhöhungen und die Einstellung von mehr Personal im gesamten Gesundheitssystem werden verhindert. Das verschlimmert den Personalmangel und verschlechtert die Versorgung



Für deine Pflegeversicherung

- Niedrigerer Pflegegrad trotz gleich starker Einschränkung: Das bedeutet weniger Leistungen für Pflegebedürftige
- Noch mehr draufzahlen: Der Eigenanteil im Pflegeheim, den Pflegebedürftige selbst tragen müssen, liegt schon jetzt bei 3.200 Euro – und wird noch weiter ansteigen
- Wer Angehörige pflegt, bekommt zum Dank weniger Rentenpunkte als bisher



Für deine Rentenversicherung

- Die gesetzliche Rente soll geschwächt und eine Kapitalrente erzwungen werden: Unsere Rente soll von steigenden Mieten, Pflegeheimkosten und den Profiten von Rüstungsunternehmen abhängen
- Massive Rentenkürzungen durch die Hintertür: länger arbeiten, später in Rente gehen
- Doppelt benachteiligt: Menschen in Armut sterben früher und bekommen deshalb nicht nur weniger, sondern auch kürzer Rente



Für deinen Arbeitsalltag

- Der 8-Stunden-Tag – 1918 durch die Arbeiterbewegung erkämpft – wird beerdigt
- 13-Stunden-Tage werden legal: mehr Stress, mehr Belastung
- Feierabend und Familienleben nur noch, wenn es deinem Chef passt
- Angriffe auf den Arbeitsschutz: Viele Sicherheitsbeauftragte entfallen. Das Unfallrisiko wird steigen



Für deine Existenzsicherung

- Wer arbeitslos wird, soll Angst haben: Härtere Sanktionen – bis hin zu Totalsanktionen – schaffen nicht mehr Beschäftigung, sondern Armut
- Miese Jobs statt Weiterbildung: Der schärfere Vermittlungsvorrang drängt Menschen in prekäre Jobs. Das vergrößert den Niedriglohnsektor
- Zu wenig für ein Leben in Würde: Die Wohnkosten werden noch stärker begrenzt. Um Mietschulden zu vermeiden, müssen Menschen am Essen sparen



Für deine Kinder- und Jugendhilfe

- Kindern und Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten oder einer Behinderung wird die Förderung gekürzt
- Noch mehr Überlastung in Kitas und Jugendhilfe: Ungleichheiten werden verschärft statt ausgeglichen, das Personal wird noch stärker belastet

